

Ich möchte anfangs darlegen, was 2009 meine Motivation war und heute noch ist, gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens Protest und Widerstand zu leisten. Anschließend nehme ich zu einigen Feststellungen des in erster Instanz gegen mich ergangenen Urteils des Amtsgerichts Stellung. Anschließend werde ich mich zu dem eigentlichen Tatvorwurf äußern.

Ich beschäftige mich mittlerweile seit einigen Jahren mit dem Ausbau des Frankfurter Flughafens. Je länger ich das tue, desto wichtiger finde ich es, mich zusammen mit anderen gegen dieses Projekt einzusetzen, denn desto deutlicher werden mir die vielfältigen negativen Auswirkungen dieses Projekts für Mensch und Umwelt.

Der zunächst offensichtlichste, weil unmittelbar sinnlich erfahrbare Aspekt, des Flughafenausbaus ist die Rodung riesiger Waldareale. Ganz aktuell wurden für den Bau der neuen Nordwest Landebahn 250ha Wald bei Kelsterbach gerodet, zusammen mit anderen parallel gerodeten und enteigneten Flächen fielen 2009 350 ha Wald dem Flughafen zum Opfer. Zur Veranschaulichung: Wir reden hier von grob 493 Fußballfeldern. Seit seiner Einweihung 1936 bis heute, also in gerade mal 75 Jahren, hat der Flughafen ungefähr 2.200 ha Wald verschlungen. Etwa 3.100 Fußballfelder. Im Grunde wird der Flughafen seit seiner Einweihung regelmäßig ausgebaut, zwischen Etappen des Ausbaus werden halt Pausen gemacht, die mal kürzer und mal länger sind (länger sind sie zum Beispiel wenn es starken Widerstand gegeben hat, wie z.B. nach dem Bau der Startbahn West in den 80er Jahren). Das hört sich jetzt vielleicht ein bißchen nach einem Räuber- und Gendarmspiel an; es sollte aber nicht vergessen werden, wieviel hier auf dem Spiel steht: Durch die ständige Expansion des Flughafens wird immer größere Teile des letzten großen zusammenhängenden Waldes im Rhein-Main-Gebiet vernichtet und der Flughafen selbst nähert sich immer weiter den angrenzenden menschlichen Siedlungen.

Der Wald der so vernichtet wird, erfüllt zahlreiche wichtige ökologische Funktionen. Er erzeugt Sauerstoff und bindet CO₂ – etwas was heute wo der menschengemachte Klimawandel sich zu verselbstständigen droht, kaum hoch genug geschätzt werden kann.

Er ist wichtig für den örtlichen Grundwasserspiegel und das lokale Mikroklima.

Er ist Lebensraum für zahlreiche Tiere, darunter auch mehrere bedrohte Arten. Der Ausbau bedeutet für sie alle Vertreibung und mittelfristig oft den Tod.

Der Wald ist nicht zuletzt auch ein verhältnismäßig wirkungsvoller Schallschutz für die vom Fluglärm geplagten AnwohnerInnen.

Neben all diesen ökologischen Funktionen erfüllt der Wald aber auch wichtige soziale Funktionen als öffentliches Naherholungsgebiet. Seien es die Radfahrer, die Spaziergänger, die Badegäste am Waldsee oder die Jugendlichen die dort an Sommerabenden ihr Bier trinken: Die verschiedensten Menschengruppen nutzen den Wald. Sie nutzen ihn ohne Zugangsbeschränkungen, weitgehend unreglementiert und ohne dafür bezahlen zu müssen.

Der Flughafenausbau sorgt nicht nur dafür, dass aus dem Ökosystem eine Betonwüste wird, sondern verwandelt auch im großen Stil den öffentlich genutzten Raum durch Zäune, Wachschutz und jede Menge Natodraht in Privateigentum des Flughafenbetreibers – überwacht und kommerziell genutzt. Der Allgemeinheit wird diese Fläche so entrissen, die angrenzenden Naherholungsgebiete werden mehr und mehr verlärm, bis dann eines Tages im Zuge des fortgesetzten Ausbaus den Menschen auch der Zugang zu diesen Räumen gewaltsam genommen werden wird.

Der permanente Ausbau des Flughafens findet vor dem Hintergrund des ständigen Anstiegs der Flugbewegungen statt. So ist z.B. aktuell geplant, durch Inbetriebnahme der Landebahn NordWest im Oktober dieses Jahres die jährlichen Flugbewegungen am Frankfurter Flughafen von 500.000 auf 750.000 zu steigern, technisch möglich wäre eine Million. Wir reden also von einer Zunahme der Flugbewegungen von 50%, vielleicht sogar von ihrer Verdoppelung.

Fliegen wiederum gilt als die klimaschädlichste Fortbewegungsart überhaupt. Es gibt kaum eine andere Technologie die es ermöglicht, so schnell, intensiv und billig das Klima zu schädigen. Flugzeuge setzen eine Vielzahl klimawirksamer Treibhausgase frei. Aufgrund der Höhe der Freisetzung sind diese mindestens 3- bis 4-mal so klimawirksam wie am Boden. Der Anteil des Flugverkehrs an der menschengemachten globalen Erwärmung beträgt schätzungsweise 7%-12%.

Wir leben in einer Zeit, in der die von den Menschen durch den Ausstoß von Treibhausgasen verursachte Erwärmung des Planeten droht sich zu verselbstständigen. Nach den aktuellen Forschungsergebnissen werden

bei einer globalen Erwärmung von mehr als 2 Grad Celsius sogenannte Kipp-Punkte erreicht, die dafür sorgen würden, dass eine positive Rückkopplung eintritt d.h. dass der überaus destruktive Prozess der globalen Erwärmung sich von selbst weiter verschärft und nicht mehr gestoppt werden kann. Diese Kipp-Punkte sind beispielsweise das Abtauen des ewigen Eises, der Kollaps der verbleibenden Ur-Wälder oder das mit der Freisetzung von Methangas verbundene Auftauen von Permafrost-Böden in Sibirien.

Damit eine realistische Chance besteht, dass dies nicht passiert, müsste die Zunahme des weltweiten Ausstoßes von Treibhausgasen bis 2020 gestoppt und bis 2050 um 50% im Vergleich zu 1990 gesenkt werden, es müssten also an vielen Orten entschlossene Maßnahmen zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes unternommen werden.

Durch die bisher von den Staaten und dem Kapitaleingeleiteten Maßnahmen ist dieses Ziel nicht zu erreichen. Erinnert sei an dieser Stelle an die gescheiterte Klimakonferenz von Kopenhagen im Dezember 2009, an viele schöne Worte und den zeitgleichen Neubau zahlreicher riesiger Kohlekraftwerke, an die Förderung der klimaschädlichen Massentierhaltung, an die Blockade der erneuerbaren Energien durch Betrieb der AKWs (an dem ja trotz der entsetzlichen Katastrophe von Fukushima immer noch in erheblichen Teilen festgehalten wird) oder eben an den (geplanten oder aktuell stattfindenden) Ausbau von Flughäfen in Frankfurt, Berlin, München, Braunschweig, Brüssel, Dubai, Tibet. Wenigstens in London-Heathrow mussten vor einiger Zeit die Ausbaupläne fallengelassen werden. Grund war der erhebliche Protest und Widerstand vor Ort. Flugverkehr wird vom Staat gefördert während die Bahn ineffizient und (aufgrund ihrer Profit-Orientierung) für viele Menschen zu teuer ist.

Es scheint mir sehr zweifelhaft, ob das Erreichen der Kipp-Punkte verhindert werden kann, ohne dass die Menschen selbstorganisiert und von unten ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen. Denn eine schnelle und drastische Reduzierung der globalen CO₂ Emissionen ist dringend erforderlich! Selbst wenn die Kipp-Punkte nicht erreicht werden sollten, würden die Emissionen durch Flugverkehr und andere Klimakiller immer noch bewirken, dass aufgrund der Erderwärmung bewohnte Inselgruppen dauerhaft überschwemmt werden, und für den Trikont: Dürren, Hungersnöte, Verschärfung bewaffneter Konflikte, für Milliarden von Menschen dort Armut, Hunger, Tod, Flucht oder Vertreibung ins Ungewisse – häufig auch im Mittelmeer an den Außengrenzen der Festung Europa zu ertrinken oder, wenn mensch es schafft die Grenze zu überwinden, in vielen Fällen die gewaltsame Abschiebung zurück in das Elend.

Apropos Abschiebung: Der Frankfurter Flughafen ist nicht nur ein Klimakiller, sondern der größte deutsche Abschiebeflughafen. Beispielsweise wurden 2007 4.500 Menschen von hier abgeschoben, das sind statistisch gesehen jeden Tag mehr als 10 Personen. Auch der Flughafenbetreiber, die Fraport AG, profitiert maßgeblich von dem Geschäft mit den Abschiebungen. So befindet sich auf dem Gelände des Flughafens ein Abschiebeknast, in dem Menschen festgehalten werden, um ihre Einreise zu verhindern. Die Pointe: Dieses Gebäude gehört der Fraport selbst, sie vermietet es lediglich an den Staat, sicherlich für gutes Geld. So werden Menschen, die hier herkamen um ein besseres Leben zu finden, gewaltsam dahin zurückgebracht, wo sie oft Krieg, Gefängnis, Folter, Hunger, Armut, Tod erwarten. Jeder Meter Landebahn der neu gebaut wird, trägt nicht nur dazu bei, den Klimawandel und dadurch die Armut im Trikont zu verschärfen, sondern wird auch dazu genutzt werden, Menschen gewaltsam zurück in dieses Elend zu schaffen – während längst die Ressourcen und technologischen Möglichkeiten da sind, allen Menschen auf dieser Welt ein materiell gutes Leben zu ermöglichen.

Noch einmal zurück zu den Flugbewegungen: Sie sind nicht nur ein Angriff auf die Menschen im Trikont, sondern auch für die vielen Menschen, die in der Nähe des Flughafens leben (müssen), und so Fluglärm und Abgasen ausgesetzt sind. Fluglärm macht krank, das belegen eine Reihe von Studien. Er belästigt die Menschen die ihm ausgesetzt sind nicht nur erheblich, er führt auch zum gehäuftem Auftreten von Herzinfarkten, Schlaganfällen, psychische Erkrankungen wie zum Beispiel Depressionen, er schädigt die Konzentration und Entwicklung von Kindern und ist (zusammen mit den Abgasen) für eine erhöhte Krebsrate rund um den Flughafen verantwortlich. Jede zusätzliche Flugbewegung ist ein Angriff auf Gesundheit und Lebensqualität der Menschen im Rhein-Main-Gebiet.

Es gibt also einige gute Gründe sich gegen den Ausbau des Flughafens einzusetzen, und viele Menschen haben das auf ihre Art getan. Gegen den Planfeststellungsbeschluss zum Bau der neuen Landebahn haben 140.000 Menschen Einwendungen erhoben. Jede dieser Einwendungen wurde von dem Regierungspräsidium verworfen.

Zahlreiche Kommunen, Umweltschutzorganisationen und Privatpersonen reichten gegen den Planfeststellungsbeschluss Klage ein. Das Regierungspräsidium ordnete daraufhin den Sofortvollzug an. Das

heißt, die Verhandlung vor dem Verwaltungsgerichtshof fand statt, nachdem große Teile des Waldes längst gerodet waren und die Bauarbeiten schon liefen. Schließlich wurde der Ausbau auch vom VGH juristisch durchgewunken.

Erwähnenswert sind an dieser Stelle auch noch die zahlreichen medienwirksamen Aktionen, die parallel zu diesen Vorgängen stattfanden. Die jahre-, teilweise jahrzehntelange Arbeit der auf dem Höhepunkte über 60 Bürgerinitiativen gegen den Flughafenausbau, die symbolischen Transparentaktionen an öffentlichen Orten oder auch einige Demonstrationen mit mehreren tausend TeilnehmerInnen in verschiedenen Städten im Rhein-Main-Gebiet. Auch dadurch konnte der Ausbau nicht abgewendet werden.

Ich bin der Überzeugung, dass das kein Zufall ist. Ich glaube vielmehr, dass sich ausgehend von diesem Konflikt grundsätzliche Aussagen über die Gesellschaft in der wir leben sagen lässt.

Ich glaube nicht im geringsten daran, dass der Grund für die permanente, hochgradig unsoziale und unökologische Expansion des Frankfurter Flughafens etwa bei gierigen Managern, gewissenlosen Behörden, unfähigen Politikern oder gar bei einer voreingenommenen Justiz zu suchen ist. Ich halte es für eben so aussichtslos, sich damit aufzuhalten, Appelle an diese Institutionen zu richten. Die maßgebenden Gründe für den Flughafenausbau, und auch dafür, dass ich mich wie andere auch für bestimmte Formen des Widerstandes entschieden habe, sind in meinen Augen die folgenden:

Ganz gleich ob es nun beschönigend Marktwirtschaft oder Kapitalismus genannt wird – wir leben in einem Wirtschaftssystem in dem, das einzige Ziel der Produktion die Anhäufung von Kapital ist. Wenn davon geredet wird, dass innerhalb dieser kapitalistischen Ökonomie sozial oder ökologisch produziert werden soll, verschleiert das nur ihre ungeheure Destruktivität. Sozial und ökologisch ist das Kapital solange, wie es sich geschäftlich lohnt. Tut es das nicht mehr, dann werden alle sozialen und ökologischen Vorsätze schneller über Bord geworfen, als irgendjemand hier im Saal das Wort „Flughafenausbau“ sagen kann. Nocheinmal: Schuld daran sind nicht so sehr die konkreten EntscheidungsträgerInnen. Schuld ist ein Wirtschaftssystem welches von Grund auf so eingerichtet ist, dass es Moral, menschlicher Vernunft etc. nicht zugänglich ist.

Grundlage dieses Wirtschaftssystem ist einerseits das Privateigentum an den Produktionsmitteln und den produzierten Gütern. Das heißt: Nicht alle Menschen haben den gleichen Zugang zu den Mitteln der Produktion und dem aus ihnen hervorgehenden materiellen Reichtum. Vergleichsweise Wenige besitzen diese Ressourcen Privat. Das bedeutet im Umkehrschluss den Ausschluss der meisten Menschen in dieser Gesellschaft von dem gesellschaftlich produzierten Reichtum. Daher müssen Viele um zu überleben, ihre Arbeitskraft an die wenigen verkaufen müssen, die selbst Produktionsmittel besitzen. Das ist die zweite Grundlage der kapitalistischen Ökonomie: Die Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft. Das heißt kurz gesagt: Die ArbeiterInnen erhalten nur einen Teil des von ihnen erwirtschafteten Wertes als Lohn, den Rest behält das Kapital ein, um seine eigene Refinanzierung und Expansion zu gewährleisten. Denn drittens verlangt dieses Wirtschaftssystem ständiges Wachstum. Damit mehr Gewinne realisiert und mehr Kapital angehäuft werden kann, müssen mehr Waren produziert und verkauft werden, müssen mehr Arbeitskräfte effizienter ausgebeutet werden, muss also auch der Produktionsapparat immer weiter expandieren. Während diese Entwicklung aus sich selbst heraus keine Grenzen kennt und ins Unendliche weist, leben wir aber auf einem endlichen Planeten mit endlichen Ressourcen! Erzwungen wird dieses Wachstum durch die permanente Konkurrenz der KapitalistInnen auf dem Markt. Wer in der Konkurrenz nicht schritthalten kann wird untergehen, und das sorgt dafür, dass kein nennenswerter Spielraum für soziale und ökologische Erwägungen bleibt. In dieser Gesellschaft wird schließlich kein Brot gebacken wenn Menschen hungrig sind, sondern erst dann, wenn es gewinnbringend verkauft werden kann. Und wenn das gegeben ist, sind die Konsequenzen egal. Hier wären wir wieder beim Flughafenausbau angekommen: Wenn die Fraport gewinnbringend Start- und Landeplätze für Flugzeuge verkaufen kann, kommt es nicht darauf an, wieviel dafür privatisiert, gerodet, erkrankt oder auch gestorben wird.

Sicherlich könnte an dieser Stelle eingewandt werden, dass dies noch kein Grund sei, sich dem Kapital direkt in den Weg zu stellen und dabei die Gesetze des Staates zu missachten. Denn schließlich sei eben dieser Staat ja genau dazu da, solche destruktiven Exzesse zu verhindern. Dem kann ich nicht zustimmen.

Es ist zwar zunächst richtig, dass der Staat bei den schlimmsten Desastern regulierend eingreifen kann um negative Folgen abzuwenden. Dies geschieht aber nicht einmal annähernd überall dort, wo die Umwelt zerstört oder menschliche Existenzen mit Füßen getreten werden. Der Frankfurter Flughafen, wo der Staat ja nicht eingriff, ist hier kein Ausnahmefall, sondern die Regel.

Denn der bürgerliche Staat kann zwar einzelne KapitalistInnen die zu weit gehen, zurückpfeifen – seine Hauptfunktion ist es aber, den Rahmen für die oben beschriebene kapitalistische Verwertung bereitzustellen und abzusichern. Er ist von den Steuereinnahmen d.h. von einer gut laufenden Ökonomie d.h. vom Kapital

abhängig. Auch wenn die Details gesellschaftlich kontrovers diskutiert werden, greift der Staat bei Strafe seines eigenen Untergangs nur dort regulierend ein, wo einzelne Kapitalisten in ihrem maßlosen Streben die Geschäfts- und Existenzgrundlagen des Kapitals als Ganzes gefährden. Er hat nicht die Aufgabe, die Misere die solchen Wahnsinn wie den Ausbau des Frankfurter Flughafens hervorbringt, zu beenden. Er stellt vielmehr den Fortbestand dieser Verhältnisse sicher, in dem er ihnen vereinzelt die Spitzen nimmt.

Und daher ist es nicht nur normal, dass er den Ausbau des Frankfurter Flughafens unterstützt. Mehr noch: Der bürgerliche Staat machte den Flughafenausbau überhaupt erst möglich. Er sorgte dafür, dass die Zumutbarkeit der entstehenden Belastungen eine Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes und nicht mehr der Geschädigten ist. Er stellte den Polizeiapparat, der den Ausbau gegen Protest und Widerstand mit Zwang und physischer Gewalt durchsetzt und bis heute die Baustelle der neuen Landebahn schützt. Und schließlich sorgt seine Strafjustiz dafür, dass die die gegen den Ausbau Widerstand geleistet haben durch Ausforschung, Einschüchterung und Bestrafung konditioniert werden, damit sie Widerstandshandlungen in Zukunft gefälligst unterlassen. Daher ist auch dieser Gerichtsprozess Folge und Bestandteil der Auseinandersetzungen um den Flughafenausbau.

In dem erstinstanzlichen Urteil des Amtsgericht wurde zu meinem Nachteil festgestellt, dass ich eine Abwehrhaltung gegenüber dem Gericht an den Tag gelegt hätte, so sei ich zum Beispiel während der Urteilsverkündung sitzengeblieben. Für mich stellt sich da die Frage: Welchen Respekt soll ich einer Rechtsordnung entgegenbringen, in der es Recht ist, riesige öffentliche Waldareale in private Betonwüsten zu verwandeln, die Lebensqualität einer ganzen Region zu ruinieren, wissentlich die Ursachen dafür zu setzen, dass zahllose Menschen erkranken werden, einige von ihnen an den Folgen sterben werden, wissentlich einen derartig destruktiven Prozess wie den Klimawandel zu forcieren, wissentlich Menschen mit Gewalt in elende Verhältnisse abzuschieben. Respekt für eine Rechtsordnung in der das alles ist nur legal sondern auch Alltag ist, das ist für mich nichts anderes als Ignoranz gegenüber menschlichen Lebens und menschlicher Freiheit.

Es ist mal wieder ein Sachverhalt, den Bertolt Brecht auf den Punkt gebracht hat: „*Es gibt viele Arten zu töten. Man kann einem ein Messer in den Bauch stechen, einem das Brot entziehen, einen von einer Krankheit nicht heilen, einen in eine schlechte Wohnung stecken, einen durch Arbeit zu Tode schinden, einen zum Suizid treiben, einen in den Krieg führen usw. Nur wenig davon ist in unserem Staat verboten.*“

Welchen Respekt soll ich einer Justiz entgegenbringen, die nichts gegen diesen Wahnsinn unternimmt, sondern jene verfolgt, die versuchen den Wahnsinn zu stoppen, und sei es nur, in dem sie die Kronen von Bäumen besetzen, um deren Fällung zu unterbinden.

Die Abwehrhaltung gegen das Gericht, wie sie im angegriffenen Urteil festgestellt wurde, sie entspringt reiflicher Überlegung, und ist nichts, was ich mir zum Vorwurf machen lasse.

In dem selben Urteil wird mir diagnostiziert, es würde mir an Bereitschaft fehlen, mich in Andere hineinzusetzen und mich mit ihren Argumenten auseinanderzusetzen. Das ist natürlich eine interessante Argumentation. Wieviel Empathie zeigt schließlich die Fraport AG gegenüber jenen, denen der Fluglärm Nachts den Schlaf und Tags jede Lebensqualität raubt, die wegen der Lärm und Abgasbelastung erkranken und letztlich auch sterben. Wieviel Empathie zeigt die Fraport AG doch gegenüber jenen, die unter den Folgen des Klimawandels leiden, gegenüber jenen die ab Frankfurt Airport abgeschoben werden, gegenüber jenen denen der Wald vor ihrer Haustür gestohlen wird. Ich habe einmal mitangesehen, wie ein alter Mann im Kelsterbacher Wald vor einem Bauzaun stand, und weinte, als er mitansah wie der Wald in dem er als Kind spazieren gegangen ist gerodet wurde. Da zeige ich Empathie, da bin ich betroffen, das macht mir Wut auf diese Verhältnisse. Jene die von ihnen profitieren oder die helfen die Interessen der Profiteure gewaltsam durchzusetzen, müssen dafür auf mein Mitgefühl verzichten. Und dazu zähle ich auch die Justiz, die AusbaugegnerInnen verfolgt, wären in diesem Moment weiter an der Fertigstellung der Landebahn NordWest gearbeitet wird. Argumente würde ich hier gerne austauschen, nur leider herrscht in diesem Haus wie in jedem anderen Gericht das von der Strafprozessordnung ver- und geregelte systematische An-Einander-Vorbei-Reden. Und schließlich will ich nicht der Illusion erliegen, mit einer Institution die täglich unzählige Menschen hinter Tonnen von Beton und Stahl wegsperren lässt, einen Dialog auf Augenhöhe führen zu können.

„*Nichts ist schwieriger und nichts erfordert mehr Charakter, als sich im offenen Gegensatz zu seiner Zeit zu befinden und laut zu sagen: Nein!*“ Kurt Tucholsky

Was aber ist die Konsequenz aus der Nichtbefolgung der staatlichen Spielregeln? Ist es, wie uns sooft eingeredet wird Gewalt, Faustrecht, und das Ende jeder Debatte? Trifft das nicht eher auf den staatlich-kapitalistischen Normalvollzug des Projekts Flughafenausbau zu?

Ist nicht der Ausbau des Flughafens mit Vernichtung öffentlicher Naherholungsgebiete, Gesundheitsschäden für die AnwohnerInnen und Anschlag des tödlichen menschengemachten Klimawandels ein Akt der Gewalt? Ist es nicht Faustrecht, wenn Staat und Kapital den Ausbau trotz Ablehnung durch AnwohnerInnen und UmweltschützerInnen realisieren, ja wenn nicht einmal eine sechsstellige Anzahl an Einwendungen irgendwie ins Gewicht fällt? Und was ist eine Debatte eigentlich wert, wo zwar alle mitdiskutieren dürfen, aber ein kleiner Teil der Beteiligten die Handlungsmöglichkeit hat, den Ausbau zu realisieren, auch gegen den Willen der Geschädigten und auch ohne dass die strittigen Punkte vorher ausdiskutiert wurden?

Weil ich denke, dass für die Legitimität eines Widerstandes gleichgültig ist ob er legal ist oder nicht, sondern es vielmehr darauf ankommt, ob er dazu beiträgt die sinnlose Gewalt zu beenden, weil ich eben an den Unterschied von Recht und Gerechtigkeit glaube, daher solidarisiere ich mich ausdrücklich mit den verschiedensten Widerstandsaktionen die verschiedene Menschen dem Bau der Landebahn Nordwest entgegenstellten: Sei es die Errichtung und Aufrechterhaltung eines Hüttendorfs im rodungsbedrohten Klesterbacher Wald für fast 9 Monate in den Jahren 2008 und 2009, sei die Blockade von Rodungsmaschinen oder auch die immer wieder erfolgte Besetzung von rodungsbedrohten Bäumen. Hierzu rechne ich auch die Besetzung zweier Bäume durch AktivistInnen der Umweltschutzorganisation Robin Wood Ende August 2009. Hierzu heißt es in einer Pressemitteilung von Robin Wood vom 29.08.2009, die ich dem Gericht nicht vorenthalten möchte:

„Erneute Baumbesetzung im Kelsterbacher Wald

Protest gegen Ausbau des Frankfurter Flughafens geht weiter

Drei ROBIN WOOD-KletteraktivistInnen halten seit heute erneut Bäume im Kelsterbacher Wald besetzt. Sie protestieren damit gegen die in Kürze wieder beginnenden Rodungsarbeiten und den Bau der Landebahn Nord-West am Frankfurter Flughafen.

Die AktivistInnen, zwei Männer und eine Frau, erklimmen zwei Kiefern auf dem Rodungsgelände und befestigten dort in etwa 15 Meter Höhe zwei hölzerne Plattformen. Diese sollen es ihnen ermöglichen, sich dort für längere Zeit aufzuhalten. Zwischen den Bäumen spannten sie eine Seilbrücke und ein neun Quadratmeter großes Transparent mit der Aufschrift „Ausbau stoppen!“. Ein kleineres Transparent gegen die juristische Verfolgung von AusbaugegnerInnen, das die AktivistInnen ebenfalls in den Baumwipfeln befestigt haben, trägt die Aufschrift „Amnestie statt Fraport-Justiz“.

Die Aktion richtet sich gegen die – möglicherweise bereits in der kommenden Woche beginnende – Abholzung des noch verbliebenen Kelsterbacher Waldes für den Bau einer neuen Landebahn am Frankfurter Flughafen und die damit verbundenen Klimaschäden. Nach dem Ausbau, den Fraport bereits 2011 abgeschlossen haben will, soll die Zahl der jährlichen Flugbewegungen drastisch steigen - von derzeit 500.000 auf mindestens 750.000; technisch möglich wäre sogar eine Million. Dabei ist Fliegen die klimaschädlichste Reiseart überhaupt. Wie keine andere Fortbewegungsmethode treibt sie den globalen Klimawandel voran, unter dessen Folgen besonders die Menschen im globalen Süden zu leiden haben. Lokal gesehen bedeutet jede zusätzliche Flugbewegung eine höhere - und aus Sicht von ROBIN WOOD unzumutbare - Belastung der AnwohnerInnen durch Lärm und Abgase.

Die AktivistInnen wollen außerdem die Privatisierung von öffentlichem Raum thematisieren. Noch vor einem Jahr war der Kelsterbacher Wald ein öffentliches Naherholungsgebiet. Heute werde mit Bauzäunen, NATO-Draht, Wachdienst und Polizeistreifen verhindert, dass die Menschen ihren Wald nutzen. Das zeige einmal mehr, wie egal Fraport die Bedürfnisse der AnwohnerInnen seien.

Die AktivistInnen wollen die Besetzung solange wie möglich aufrechterhalten und freuen sich über Unterstützung. „Als Anfang dieses Jahres die Rodungsarbeiten liefen, kam es immer wieder zu Protestaktionen, die diese zeitweilig blockierten. Auch nach der Räumung des Widerstandsdorfes und nach dem Urteil des Kasseler Verwaltungsgerichtshofs, das den Ausbau durchwinkt, werden die Proteste weiter gehen“, so die BaumbesetzerInnen. „Wir werden uns weiterhin gemeinsam mit AnwohnerInnen und vielen anderen gegen die geplante Landebahn, für eine Wiederaufforstung der gerodeten Waldflächen und für ein lebenswertes Rhein-Main-Gebiet einsetzen. Die Landebahn ist noch lange nicht gebaut.“

Das erste Widerstandsdorf im Kelsterbacher Wald war im Mai 2008 aufgebaut und im Februar 2009 mit dem Beginn großflächiger Rodungsarbeiten gewaltsam geräumt worden. Bis Ende Februar 2009 wurde die Rodung von rund 145 Hektar Wald abgeschlossen. Vom 1. September 2009 an, wenn die Brut- und Aufzuchtperiode beendet ist, sollen die restlichen 72 Hektar gefällt werden“.

Ich finde solche Aktionen gut und legitim, weil sie nicht nur Protest, sondern auch Widerstand gegen unsoziale

Großprojekte und Umweltzerstörung darstellen. Das wurde mal so definiert: „*Protest ist, wenn ich sage, das und das passt mir nicht. Widerstand ist, wenn ich dafür Sorge, dass das, was mir nicht passt, nicht länger geschieht.*“

Und in diesem Sinne will ich die Worte von Michael Foucault verwenden, um deutlich zu machen, warum das Beklettern und Besetzen zweier rodungsbedrohter Kiefern Ende August 2009 um Widerstand gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens zu leisten legitim und notwendig war:

„Ich hatte ihnen zu zeigen versucht, wie die Staatsräson als Grundprinzip den Gehorsam der Menschen festgesetzt hatte und die Tatsache, dass künftig die Beziehungen der Unterordnung nicht mehr innerhalb der feudalen Form der Untertänigkeit stattfinden, sondern sich in der Form eines völligen und erschöpfenden Gehorsams, in ihrem Verhalten vollziehen musste, in allem was die Gebote des Staates sein könnten. Nun werden sich Gegenbewegungen entwickeln, Forderungen in der Form einer Gegenbewegung, die folgenden Sinn haben: Es muss einen Moment geben, wo die Bevölkerung, da sie mit allen Bindungen des Gehorsams bricht, tatsächlich das Recht haben wird, und zwar nicht in juristischen Begriffen, sondern in Begriffen von wesentlichen und Grundrechten, alle Bindungen des Gehorsams die sie zum Staat unterhalten kann, abzubrechen, und künftig zu sagen, indem sie sich gegen ihn erhebt: Das ist mein Gesetz, das Gesetz meiner eigenen Forderungen, das Gesetz meiner Natur als Bevölkerung, das Gesetz meiner Grundbedürfnisse das diese Regeln ersetzen soll. Folglich eine Eschatologie, die die Form des unbedingten Rechts auf den Umsturz, den Aufruhr, den Abbruch aller Gehorsamsbeziehungen, das Recht auf die Revolution annehmen wird.“

(Michael Foucault, Sicherheit, Territorium, Bevölkerung, Suhrkamp Verlag, Seite 511)